



glied vor, so ist in kurzer Zeit die sämtliche Mitgliedschaft davon unterrichtet und alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, das Mitglied wieder unterzubringen. Dieses zuletzt Angeführte kam in Leipziger Gewerkschaftskreisen fast zum Ausdruck, in dem acht kleinere Gewerkschaften an der Arbeitslosen-Zählung ihrer Mitglieder nicht teilnahmen. Sie alle erklärten: Unsere organisierten Mitglieder befinden sich fast ausnahmslos in Stellung. Wenn nun die kleineren Mitgliedschaften so wenig arbeitslose Mitglieder zu verzeichnen haben, so sind unsere Verhältnisse dadurch nicht besser gestellt, als die der vorgeschrittenen Zahlstellen! Im Gegenteil, viele Kollegen und Kolleginnen, welche langjährige Stellungen innehaben, würden gern den Nachschubern die angebotene Antwort geben, wenn sie sich nicht bewußt wären, was damit verbunden ist. Nicht nur ein Verlust für die eigene Person, sondern ein ebenso großer Verlust für die betreffende Zahlstelle, noch dazu, wenn mehrere Mitglieder in Betracht kommen. — Dieses ist nach meiner Erfahrung der Grund, warum ein Wechsel innerhalb dieser Zahlstellen selten zu verzeichnen ist und folgedessen die Arbeitslosenunterstützung wenig in Anspruch genommen wird. Das Verhältnis wird aber auch nicht geändert, falls die Unterstützung um 1 oder 2 Mark erhöht würde.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ist genau so groß als in anderen, nur daß das Gros der Kollegen und Kolleginnen noch nicht begriffen hat, welchen Nutzen ihnen die gewerkschaftliche Organisation bringt, und darum den rechtzeitigen Anschluß verläumt haben.

Wenn ich mir nun auf Grund unseres letzten Geschäftsberichts erlaube, ebenfalls einen Wunsch zu äußern, das heißt, auf Grund der jetzt bestehenden Beiträge, so ist ja in erster Linie der Verbandsvorstand in der Lage, ein näheres Urteil abzugeben. Ich meine hiermit ein Sterbegeld für die Hinterbliebenen der Mitglieder. Dieses Sterbegeld müßte nach meinem Wunsch stufenweise festgesetzt werden, so daß vielleicht bei zweijähriger Mitgliedschaft 20 Mark, bei dreijähriger Mitgliedschaft 25 Mark u. s. w. bis zum Betrage von 30 Mark gelangen werden könnte.

Der Verbandsvorstand dürfte sicher in der Lage sein, sich für Einführung eines Sterbegeldes einen ungefähren Ueberblick zu verschaffen und würde meiner Voraussetzung nach die Summe von 100 bis 500 Mark jährlich nicht übersteigen werden. Mit diesem vorgeschlagenen Sterbegeld würden wir den Erfolg haben, daß so manches Mitglied, welches nach längerem Kämpfen und Ringen innerhalb unseres Verbandes ermüdet und erlahmt mit Austrittsgedanken umgibt, diese Gedanken nicht zur Ausführung bringt und seine Tätigkeit, welche durch langjährige Mitarbeit nicht zu unterschätzen ist, weiter in den Dienst der Mitgliedschaft stellen würde. Aber auch den Hinterbliebenen, wie Witwen, Kinder, Eltern der Angehörigen würde manche Thräne getrocknet, wenn selbigen gezeigt wird, daß der Verband, für den das Mitglied manches Opfer gebracht hat, auch an seiner Seite steht, bis zum Ende.

Ein weiterer Wunsch, welcher unsere Solidarität anbetrifft, dürfte ebenfalls alle Zahlstellen interessieren, und geht der Wunsch dahin, daß die Zeitung am Sonnabend und nicht wie jetzt erst Sonntags in die Hände der Mitglieder gelange.

In fast allen Zahlstellen dürfte sich eine gewisse Zahl von Mitgliedern finden, welche ein reges Interesse an der Weiterentwicklung unserer Sache haben; diese Mitglieder sind Sonnabends in ihrem Verkehrslokal versammelt, um sich über die verschiedenen Angelegenheiten, welche die Woche über vor sich gehen, zu unterhalten und um ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. In diesem Kreise fehlt das Wichtigste: Die „Solidarität“. Diese erscheint eben erst Sonntag, so alle Kollegen in ihren Vierteln hauen, und muß Montag verschickt werden, andernfalls gelangt sie erst acht Tage später, am nächsten Jahlabend zur Ausgabe. Diesem könnte wohl ohne Schwierigkeiten abgeholfen werden und ich nehme an, daß, wenn unsere Zeitung andern Orts gedruckt würde, unsere Berliner Kollegen unbedingt darauf bringen würden, daß sie Sonnabends ihre Zeitung in Empfang nehmen könnten, und mit Recht. Möge meine Anregung dazu beitragen, daß den berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird, zum Wohle und zur Weiterentwicklung des Verbandes und dann wird auch das neue Jahr seine Früchte tragen, die wir im alten Jahre gefät.

Sch.-Leipzig.

## Die schwere Noth der Zeit.

Die „herrliche“ kapitalistische Wirtschaftsweise offenbart sich in dem Wechsel von Uebereifer, die Güter zu vermehren und Werthe zu schaffen, angeblich, um den Nationalwohlstand zu heben, der Allgemeinheit damit einen Dienst zu erweisen, in Wirklichkeit, um eine kleine Minderheit zu bereichern auf Kosten derer, die nur ihre Arbeitskraft ihr Eigen nennen und sonst nichts zu verkaufen haben, als diese, um leben zu können, — und dem Darniederliegen der Produktion gerade in Folge jenes Uebereifers.

Das Theoretisiren darüber, ob das Elend der Massen wächst mit dem Wachsen des Kapitalismus, oder ob es gemildert wird allein schon durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, tritt in den Hintergrund gegenüber dem Verlangen, schleunigst Maßregeln zu ergreifen zur Linderung der Noth, hervorgerufen durch die große Arbeitslosigkeit in Folge der Krise.

Das Empfinden des modernen Arbeiters ist lebhafter geworden, er fühlt den Mangel an dem zum Leben Nöthigen mehr, als das stupide dahinvegetirende „Arbeitsvieh“ von ehemals.

Er hat seinen Marx wenn auch nicht im Urtext studirt, so doch dessen Grundlehren in sich aufgenommen, und er will als Freier, als Gleicher mit Gleichen theil haben an den Erzeugnissen der Kultur.

Darum sind die öffentlichen Gewalten geradezu gezwungen, der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegen zu treten und wenigstens den Versuch zu machen, diese brennende Frage ihrer Lösung entgegen zu führen.

Vor noch nicht viel über 50 Jahren mußte erst die Geißel des Hungertyphus wüthen, ehe die Staatsbehörden sich herbeiliessen, dem Uebel zu steuern. Allerdings auch nur mit Palliativmitteln, wie sie ja heute noch so überaus beliebt sind und Wunder wirken in den Kreisen der — Besitzenden. Es werden Wohlthäter in jenen Kreisen angestimmt oder der Fürsorge des Staats und der „Gesellschaft“ für die Tardenden: „Mittmensch!“ Erst dann wächst der Eifer, ernsthaft einzugreifen, wenn Gefahr im Verzuge, daß der Profit gefährdet ist. Und so haben denn sogar schon Unternehmergruppen — wie der Verband der Berliner Metallindustriellen — beschlossen, Anträge bei den staatlichen und städtischen Behörden zu stellen zur Abhilfe der herrschenden Nothlage.

In Preußen, Bayern, Baden, Hessen und Sachsen sollen nannmehr Enquetes veranstaltet werden über den Umfang und die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Recht gut und schön, nur meinen wir, daß diese Erhebungen und deren Verarbeitung nicht etwa so viel Zeit in Anspruch nehmen dürfen, daß die Krise mit ihren schlimmen Auswüchsen vorüber, wenn die Resultate dieser Enquetes an die Öffentlichkeit gelangen.

Auch dürften nicht etwa Personen damit betraut werden, die sozialpolitisch völlig rückständig und deren ökonomische Weisheit wie bei dem Polizeipräsidenten von Berlin in der Ansicht gipfelt, „daß die Maurer und Zimmerer nur ihrer Berufstätigkeit nachgehen brauchten, sie hätten dann nicht nöthig, durch Straßenhandel ihr Brod zu verdienen.“

Oder wie der Polizeigewaltige von Dresden, der in einem Gutachten über die Errichtung einer öffentlichen städtischen Barmehalle für die Arbeitslosen die gewichtigen Sätze mit einflößt, „daß ja in jedem Winter eine gewisse Arbeitslosigkeit sich bemerkbar mache, und daß durch eine solche Errichtung nur arbeitsloses Gesindel angelockt und nur ein Sammelplatz für Bettler, Müßiggänger, Trinker und Verbrecher geschaffen würde.“

Das Dresdener Gewerkschaftskortell hat sich um die Stadtverordnetenversammlung mit einer Eingabe gewendet, schleunigst Maßregeln zu treffen gegen die Arbeitslosigkeit. Der Herr Ueberbürgermeister gab die Erläuterung ab, daß sich der Rath (Magistrat) schon mit dieser Frage beschäftigt habe und daß der Wille vorhanden sei, so viel als möglich für die Einwohnerschaft Dresdens Arbeit zu beschaffen. Eine Zählung der

\*) Die derartige Erhebungen veranstaltet werden, darüber berichtet die Frankfurter Tagespost. Die Polizeibeamten in Ludwigshafen, die mit diesen Erhebungen betraut worden waren, begnügten sich, im unteren Stock der Häuser nachzusehen, ob im Hause Arbeitslose seien. Je nach der Antwort bemühten sie sich weiter nach oben oder nicht. In Frankfurt erhielten die Polizisten sogar die Weisung, sich zu den Fabrikanten und Unternehmern zu bemühen und diese über den Umfang der Geschäfte und nach etwaigen Arbeiterentlassungen zu befragen.

Arbeitslosen sei überflüssig, das dazu erforderliche Geld könnte direkt den Arbeitslosen zugeführt werden.

Es ist das eine sehr vernünftige Ansicht — vor Allem vernünftiger als die Ausrufung des Dresdener Polizeidirektors —, womit den statistischen Erhebungen im Allgemeinen keineswegs die Bedeutung abgesprochen wird. Nur soll nicht der Anschein erweckt werden, als ob durch die Veranstaltung derartiger Enquetes gegen das Uebel an sich schon etwas gethan würde.

Höfentlich verächtet sich der Wille des Dresdener Rathes zu einem gangbaren Weg, getreu dem Sprichwort: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Denn die Kommunen sind praktisch auf diesem Gebiete mehr thun, als die Staatsgewalten: es darf nur nicht auf eine Mehrausgabe für Armenunterstützungen beschränkt bleiben. Eine ganze Reihe von Kommunen ist erteilender Weise schon darüber hinausgegangen. Es sollen alle städtischen Bauten, deren Ausführung beschlossen worden, schleunigst in Angriff genommen und die im Bau begriffenen so schnell als möglich gefördert werden. An Stelle der üblichen laichen Geschäftsführung in den staatlichen und städtischen Verbänden in dieser Jahreszeit, „weil ja doch im Winter an den Bauten nicht gearbeitet werden kann“, soll: ein Wettstreit treten zur Linderung der Nothlage. Es müssen eben alle Arbeiten gefördert werden für alle Arbeitergruppen, denn statt im Berufe mit Spatzen und Hade zu arbeiten, ist nicht Jedermanns Sache.

In der Verfügung der bairischen Regierung an die ihr untergeordneten Behörden ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf eine entsprechende Verteilung der Arbeiten wohlwollendere Rücksicht zu nehmen sei, um den Arbeitern während der ganzen Dauer des Winters und bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse in den privaten Betrieben lobende Beschäftigung bieten zu können. Es sollen vorzugsweise inländische Arbeiter beschäftigt und hierbei in erster Reihe auf die Verheiratheten Rücksicht genommen werden.

Dieser Hinweis ist für Bayern besonders bedeutungsvoll, da das Unternehmertum es verstanden hat, billige Arbeitskräfte aus Italien in Massen ins Land zu ziehen. Man vertritt nicht gegen die Prinzipien des Sozialismus, sondern erkennt die prinzipielle Bedeutung der internationalen Arbeiterverbrüderung an, selbst wenn man folgender Anklage des Hauptorgans der englischen Sozialdemokratie, Justice, zustimmt (in Sachen des Fernhaltens farbiger Einwanderer in Australien):

„Die Australier haben ein vollkommenes Recht, sich gegen die schlimmen Folgen der Einwanderungen: asiatischer und anderer farbiger Arbeiter zu schützen, genau so gut, wie die Arbeiter überall das Recht haben, sich des Streiberechthums zu erwehren. Es ist nicht Sache des Sozialismus, die Anstrengungen, die im Interesse des Kapitals gemacht werden, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, zu begünstigen. Wie der Sozialismus auf der einen Seite gegen Imperialismus und Massenunterjochung protestirt, so ist er auch gegen die Vernichtung der Unabhängigkeit von Massen und Nationen. Menschliche Solidarität bedeutet nicht das Zusammenwürfeln aller menschlichen Massen und nicht die Unterschleiche der Masse, der Farbe und des Charakters, sondern sie bedeutet die internationale Verständigung aller Massen, nach einem gemeinsamen Ziel zu streben und die Freiheiten jeder einzelnen zu respektiren. Föderalistisches Nebeneinander, nicht kapitalistische oder imperialistische Herrschaft oder Zusammenwürfeln ist das Ziel der Sozialdemokratie.“

Es haben schon viele Arbeitslosenversammlungen stattgefunden, und in Berlin werden zur Zeit seitens des städtischen statistischen Amtes, des Polizeipräsidenten und der Gewerkschaftskommission Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit veranstaltet.

In der Privatindustrie ist mehrfach das Mittel der Arbeitszeitverkürzung in Anwendung gekommen, um Entlassungen möglichst zu verhüten. So ist in Braunschweig zwischen dem Verbande der Metallindustriellen und der Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes ein Abkommen getroffen worden, daß in den von der Krise betroffenen Betrieben eine allgemeine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit eintritt. Allerdings auf Kosten der Arbeiter, indem der Verdienst dementsprechend reduziert wird. Dagegen hat in Nürnberg die Betriebsleitung der Allgemeinen Maschinenbau-Aktiengesellschaft und in München eine große Firma in der Metallindustrie eine solche Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt.



